

GÖTTINGER BLÄTTER

01.2020

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

Fast 30 Jahre Göttinger Blätter!

Die Göttinger Blätter erscheinen im 30. Jahr – so steht's seit einem Jahr oben drüber! Da haben wir doch glatt gedacht, die Göttinger Blätter seien im Jahr 1990 zur ersten Mal – als Projekt der „Linke Liste Göttingen“ erschienen; der sich gerade in Göttingen formierenden Partei „PDS“ (heute: Partei die Linke.), der DKP, des „Bund Westdeutscher Kommunisten. Wir ahnten schon, dass dies nicht gleich im Januar 1990; vielleicht erst nach dem Sommer war. Aber die genauere Recherche hat dann ergeben, dass die erste Ausgabe erst im Mai 1991 herauskam (s. Faksimile)

Im Januar 1990 mussten alle Beteiligten noch den „Fall“ der Mauer verdauen bzw. sich neu sortieren.

So traf man sich Anfang des Jahres im damaligen DKP-Büro in der Bertheustraße, dem ersten „Roten Zentrum“, und diskutierte die vollkommen neue Situation – in der BRD und natürlich in Göttingen. Etliche Beteiligte mussten

ziemlich „umdenken“ – auch dazu, wie man miteinander umging und ob nicht sozialistisch orientierte Gruppen in dieser Zeit besser zusammenarbeiten als sich gegenseitig zu bekämpfen.

Dieser Prozess führte hier zur Gründung der „Linke Liste Göttingen“. Wir wollten gemeinsam eine linke Kommunalpolitik machen, für soziale Vorstellungen in Göttingen werben. Und im Herbst 1991 an der Kommunalwahl teilnehmen. Das war unser erklärtes Ziel!

Dann, irgendwann im Frühjahr 1991, kam die Idee, wir machen gemeinsam eine „Zeitung“, in der wir die Diskussion, wie sozialistische Politik nach dem „Anschluss“ der DDR, der zu dem Zeitpunkt bereits abzusehen war, aussehen kann. Und wir wollten diese Diskussion offen führen, so dass alle Mitglieder der beteiligten Organisationen die Beiträge der anderen lesen können.

Neben den die Linke Liste Göttingen tragenden Organisationen konnten noch die Naturfreunde, die knapp 10 Jahre dabei waren und die VVN gewonnen werden, dieses Projekt zu unterstützen:

Jede Organisation erhält eine eigene Seite.

Die Seiten erste und letzte Seite sollten möglichst kommunalpolitische Themen beinhalten. Eine kleine Redaktion leistete diese Arbeit. Nach ein paar Jahren war aber die Redaktion nicht mehr vorhanden, so dass die herausgebenden Organisationen abwechselnd hierfür verantwortlich sind – bis heute.

Die Seiten wurden zusammengefasst – wer erinnert sich noch an „Burki“, der rd. 10 Jahre die Arbeit machte, die nun seit mehr als 10 Jahren Frank macht? –, layoutet, kopiert bzw. gedruckt. Danach wurde der Versand gemacht: Adressaufkleber auf die Briefumschläge und diese zur Post. Dies nun schon seit

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

30 Jahre Göttinger Blätter	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Landesverband	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Rotes Zentrum e.V.	9
GÖLinke	10
GÖLinke Ratsinfo	11
Loch im Eimer	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2020
ist der 18. Januar.
Auslieferung am 23. Januar.

fast 30 Jahren in 11 Monaten des Jahres – inzwischen seit rd. 15 Jahren von den Grobianen.

Das Einzelabbonnent kostet ganze 10 Euro im Jahr!

Im Laufe der Jahre ist die Auflage von rd. 150 Ex, auf rd. 350 gestiegen. Im Laufe der Jahre sind die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, die Grobiane und im vergangenen Jahr auch das Rote Zentrum dazugekommen.

Die Göttinger Blätter gehen verständlicherweise hauptsächlich in die Stadt und den Landkreis Göttingen, aber auch in fünf andere Bundesländer, zwei sogar ins Ausland!

Ja, ich denke, das ist eine (fast 30-jährige) Erfolgsgeschichte, die mit dazu beiträgt, dass es in Göttingen immer noch die Göttinger Linke gibt, das es ein Rotes Zentrum gibt und dass die Organisationen politisch „ordentlich“ miteinander umgehen – bei allen unterschiedlichen Ansichten und Herangehensweisen in der jeweiligen Organisation. Wir lesen uns hierzu im nächsten Jahr!
(gusi)

Göttinger Blätter

Mai 1991

Neue Wege in der Kommunalpolitik? Linker runder Tisch will eingreifen.

Verschiedene linke Kräfte aus Göttingen haben sich zu einem kommunalpolitischen Arbeitskreis zusammengeschlossen, dessen Tätigkeit zu einem langfristig wirkenden Bündnis werden soll. Am Göttinger linken runden Tisch arbeiten Mitglieder verschiedener Organisationen und Initiativen (DKP, DKP Volkstrotz, PDS u.a.) sowie Leute aus antikapitalistischen und antifaschistischen Zusammenhängen mit. Linke Politik heißt, sich einzusetzen für die Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen, für soziale Gerechtigkeit, gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung, gegen Profitmaximierung und ökologischen Raubbau, für politische und demokratische Rechte ausländischer Menschen, für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter. Besondere Aufmerksamkeit gilt den behinderten Menschen und den Seniores in unserer Gesellschaft. Linke Politik heißt einzutreten gegen imperialistische Kriegstreiber, gegen Rassismus und Neonazismus, für Völkerverständigung und Frieden.

Am 13. April demonstrierten ca. 1200 gegen den Völkermord in Kurdistan. Die sofortige Beendigung der Massaker wurde gefordert, die alliierten Truppen der USA und der EG-Staaten, des Irak und der Türkei angegriffen. Mehrere Gruppen der Göttinger Linken traten dem Versuch entgegen, das einseitige Bild auf den türkischen Völkern für die Propagierung eines Bundeswehrninsatzes zu mitzubrechen.



Termine

Donnerstag, 2. Mai 19:00 Uhr
DKP Haus, Obere Maach 10, Veranstaltung des Ausländerrats Göttingen: „Migration auf dem regionalen Arbeitsmarkt: eine vielfach betroffene Minorene!“

Sonntag, 6. Mai 14 Uhr Hannover, Saksvator-Altenheim-Centrum, Föhrstr. 47
Linker Runder Tisch Göttingen: Diskussion über Änderung der Hebeschlüsseln-Verfassung: Aussprache zu den Kommunalwahlen

Dienstag, 7. Mai 20:00 Uhr Hotel Zentrum, Im Bertheustraße 23
Rotes Zentrum Göttingen: Diskussion über kommunalpolitische Programme

Dienstag, 7. Mai 19:00 Uhr UGÖ Haus, Vöhrstraße 23
Vorbereitung des Ausländerrats zur Lage der Flüchtlinge in Göttingen

Mittwoch, 8. Mai Jahrestag der Befreiung, Durchstreifen vom Heeresmuseum

Sonabend, 11. Mai 19:00 Uhr Hannover, P75-Straße 11
Hörort zur Kommunalspark

Montag, 13. Mai 19:00 Uhr Rotes Zentrum, Im Bertheustraße 23
Ratsinformation Göttinger Blätter

Donnerstag, 16. Mai 19:00 Uhr UGÖ Haus, Vöhrstraße 23
Vorbereitung des Ausländerrats mit „Hörort“ in Göttingen: „Für Migranten eine Zukunft?“

Donnerstag, 16. Mai 19:00 Uhr Rotes Zentrum, Im Bertheustraße 23
Arbeitskreis Soziale Bewegung

Jeden Donnerstag 19:00 Uhr: Arbeitsgruppe Kurierdienste, Langen Geismarstraße 23

Donnerstag 18. 19. und 30. Mai: Gastkino: „Alte Zeiten, Rote Straße“
Arbeitskreis ASty

Jeden Montag 19:00 Uhr: Antifa-Koordinationsrat

Öffnungszeiten: **Arbeitslosenzentrum**
Mo: 10-12 Uhr, Mi: 10-13 Uhr



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Veranstaltungen:

Der Verein

„NS-Familien-Geschichte“

Von persönlicher Spurensuche zum
politischen Einmischen

Mittwoch, 08.01.2020, 15.30 – 17.00 Uhr

Gemeindehaus St. Paulus,
Wilhelm-Weber-Str. 15

Erzählcafé mit Katrin Raabe und Roland Laich

Veranstaltet von Freie Altenarbeit Göttingen
e.V.

Dokumentarfilm

„Der zweite Anschlag“

Montag, 13.01.2020, 20.00 Uhr

Filmtheater Lumiere,
Geismar Landstraße 19

Veranstaltet von amnesty international
Göttingen

Spätestens mit der Mordserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zeigt sich die erschreckend langatmige Kontinuität von rassistisch motivierter Gewalt in Deutschland. In diesem eindrucksvollen Film kommen ausschließlich Opfer bzw. Angehörige zu Wort (der Titel bezieht sich auf die Wahrnehmung etlicher Betroffener in Bezug auf die Verdächtigungen der Polizei).

Es stehen weniger die Taten selbst, als vielmehr der Umgang der Mehrheitsbevölkerung mit diesen Verbrechen im Mittelpunkt. „Der zweite Anschlag“ dokumentiert die bisher kaum beachtete Perspektive der Betroffenen und die Sichtweisen der migrantischen Communities.

Ein Mitglied des Filmteams steht anschließend zur Diskussion zur Verfügung.

Lauter und mutiger —

Strategien gegen den Rechtstrend in der deutschen Gesellschaft

Vortrag und Diskussion mit Imran Aya-
ta, Autor und Campaigner

Montag, 20.01.2020, 19.00 Uhr

Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer
Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“ in
der BBS II, Godehardstraße 11

Mit dem Einzug der AfD in den Bundestag und mittlerweile alle Landesparlamente hat sich der gesellschaftliche Diskurs nach rechts verschoben. Andere Parteien und Akteure verharren im Abwehrmodus und übernehmen Denkmuster der Rechten. Was bedeutet das für die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und für den Kampf gegen Rassismus? Und wie können Strategien gegen diese Rechtsverschiebung aussehen?

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt
Göttingen e.V. in Kooperation mit dem Haus
der Kulturen Göttingen

Filmvorführung

„Liza ruft!“

Mittwoch, 22.01.2020, 19.30 Uhr

Filmtheater Lumiere,
Geismar Landstraße 19

„Liza ruft!“ ist ein bewegender und politischer Dokumentarfilm über den Holocaust, den jüdischen Widerstand und die Erinnerungspolitik in Litauen und das erste Porträt einer ehemaligen jüdischen Partisanin überhaupt. Im Gespräch mit Fania Brantsovskaya, ihren Angehörigen und Weggefährt*innen schafft „Liza ruft!“ das intime und lebendige Bild einer beeindruckenden Frau, die beides ist: ein Opfer von fortwährender Verfolgung ebenso wie eine unermüdete und streitbare Akteurin im Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit. Ein Mitglied des Filmteams steht anschließend zur Diskussion zur Verfügung.

Veranstaltet von f_act

Von der Demokratie zur Diktatur:

Das Männer-KZ Moringen —

🎬 In der Sache Gemeinnützigkeit der VVN-BdA

hat sich in den letzten Tagen einiges getan. So haben die bayrischen Grünen einen Dringlichkeitsantrag in den bayrischen Landtag eingebracht. Dadurch soll der bayrische Verfassungsschutz dazu gebracht werden, die Beobachtung der Landesvereinigung Bayern der VVN-BdA einzustellen.

Die überwältigende Solidarität der letzten Tage hat eine erste, wenn auch kleine Wirkung gezeigt: Mittlerweile erhielt die Bundesvereinigung der VVN-BdA auch Post vom Finanzamt Berlin. Darin wird mitgeteilt, dass der Vollzug der Steuernachforderungen, die sich aus dem Verlust der Gemeinnützigkeit ergaben, ausgesetzt wurde. Dies geschehe, so das Finanzamt,

Führung mit Hans Helms

Freitag, 24.01.2020, 15.00 Uhr

KZ-Gedenkstätte Moringen, Lange Str.
58, Moringen

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte
Moringen

Katja Sturm-Schnabl.

Eine Zeitzeugin und Wissenschaft- lerin im interkulturellen Dialog

Montag, 27.01.2020, 19.30 Uhr

Altes Rathaus, Markt 9

1942 erlebte Katja Sturm-Schnabl als Kärntner Slowenin die Deportation ihrer Familie. Damals war sie sechs Jahre alt. Es folgte eine dreieinhalbjährige Lagerhaft, die ihre Schwester nicht überlebte. Nach dem Krieg kehrte die Familie nach Kärnten zurück. Katja Sturm-Schnabl holte die Schulausbildung nach, studierte Slawistik, später folgten Promotion und Habilitation. Seit 1984 lehrte und forschte sie an der Universität Wien. Ihr Forschungsgebiet ist die südslawische Literatur- und Kulturgeschichte und deren Bedeutung im Dialog von Minderheit und Mehrheitsgesellschaft in Österreich.

Nach einem einführenden Vortrag von Frau Prof. Dr. Katja Sturm-Schnabl folgt ein Gespräch zwischen der Referentin und Dr. Dietmar Sedlaczek von der KZ-Gedenkstätte Moringen.

Veranstaltet vom Bündnis zum Gedenken
an die Opfer des Nationalsozialismus

allein wegen einer "unbilligen Härte" gegenüber dem Verein.

Die Bundesvereinigung der VVN-BdA hat derweil Postkarten und Plakate herausgebracht, die man zur Unterstützung unserer Sache bestellen kann: shop.vvn-bda.de

Bisher haben über 21.000 Personen die Online-Petition "Die VVN muss gemeinnützig bleiben" unterzeichnet, darunter 278 Menschen aus der Stadt (128) und dem Landkreis (150) Göttingen [Stand 15.12.2019]. Wer noch nicht unterzeichnet hat, darf das gerne nachholen:

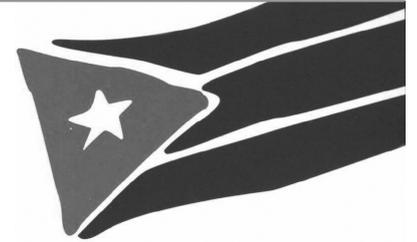
<https://www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben>

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

am 14. Januar um 20.00 Uhr im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Europäisches Parlament, wie peinlich!

Am 28. Nov. 2019 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution voller Lügen, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas und ein Ausdruck der Unterwürfigkeit unter die Vereinigten Staaten darstellt

Autor: Elson Concepción Pérez | internet@granma.cu

Am 28.11.2019 wurde viel Schmutz im Europäischen Parlament aufgewirbelt, als eine Resolution voller Lügen verabschiedet wurde, in der die „sofortige Freilassung“ des kubanischen Konterrevolutionärs José Daniel Ferrer gefordert wurde, der wegen gewalttätiger und gegen die öffentliche Ordnung und die Legalität gerichtete Aktionen festgenommen wurde.

Es scheint, als ob die Euroabgeordneten nicht wissen, dass es in Kuba Gesetze gibt, dass es dort eine vom Volk verabschiedete Verfassung gibt und dass man keinesfalls ausländische Einmischung zulässt, wenn es um deren Einhaltung geht.

Diejenigen, die ihre Hand erhoben haben, um sich in die Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen, müssen wissen, dass es sich in diesem Fall um einen von der Botschaft der Vereinigten Staaten geschaffenen Dissidenten handelt, der vom US-Außenministerium über USAID und anderen Organisation bezahlt wird und der sich ganz offen mit den schlimmsten Vertretern der kubanisch-amerikanischen Mafia in Miami identifiziert.

Europäische Freunde, es ist nicht nötig zu drohen oder sich einzumischen, denn Ferrer selbst gibt in Filmaufnahmen, sein Söldnertum offen zu. Er ist mitnichten „der arme Ferrer“, denn die die USA haben ihm Tausende von Dollar dafür gezahlt, in Kuba die Konterrevolution zu machen.

Diese „Vertreter“ der Länder des Alten Kontinents sollten ein für alle Mal wissen, dass auf der Insel der Freiheit und des Widerstands in den letzten 60 Jahren niemand gefoltert wurde.

Auch ist niemand zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, ohne dass sein Fall entsprechend untersucht und bewiesen wurde.

Ich sehe es als besonders wichtig an, dass das Europäische Parlament weiß, dass es sich mit dieser von Lügen und Hass bela-

steten Resolution sich denen angeschlossen hat, die Kuba blockieren, denen die alles daransetzen, das Volk mit seinen Sanktionen zu erdrosseln.

Diejenigen, die „Dissidenten“ vom Schlag eines José Daniel Ferrer fabrizieren, sind die gleichen, die bereits mehrmals auf verschiedenen Gebieten besiegt wurden, militärisch in Playa Girón und diplomatisch und politisch im Verlauf dieser sechs Jahrzehnte.

Wir sind es Leid, Lügen wie diese hören zu müssen. Ein Lug und Trug dieser Größenordnung wird nicht nur von unserem Land verurteilt, sondern auch von Ländern und Regierungen, die wissen, um was es hier geht und was damit bezweckt wird.

Es wäre eine gute Empfehlung an die Euroabgeordneten, sich auf die Suche nach Lösungen für die Tausenden von Immigranten zu kümmern, die hauptsächlich aus Afrika und Asien an die Küsten Europas kommen. Dann könnten die westliche Welt, die reichen Länder, die es sind, die am meisten von Menschenrechten und Demokratie sprechen, bei der Ausrottung des Hungers, der Kriege und der Krankheiten, ihre „Tugenden“ unter Beweis zu stellen, denn diese sind die wahren Gründe, warum die Menschen aus diesen Regionen emigrieren.

Bei der Parlamentssitzung sagte die tschechische Euroabgeordnete Dita Charanzová, dass „die EU eine deutliche Botschaft

geschickt hat und im Rahmen der Vereinbarungen mit Kuba Maßnahmen ergreifen muss, wenn Ferrer nicht sofort freigelassen wird“.

Diese Drohungen gegenüber Kuba finden sich auch im Kommuniqué des Europäischen Parlaments, in dem steht, dass „die Euroabgeordneten daran erinnern, dass die Vereinbarung zum Politischen Dialog und zur Zusammenarbeit mit Europa die Aussetzung im Fall von Verletzungen der Menschenrechte vorsieht und die EU darin aufgefordert wird, genau über die Achtung der Menschenrechte und der elementaren Freiheiten in Kuba zu wachen“.

Die Euroabgeordneten wissen auch nicht, dass wir Kubaner keine Angst vor Drohungen haben, sondern dass wir im Gegenteil wissen, wie man sie an dieser und an anderen Fronten bekämpft und besiegt.

Es scheint auch wenig seriös, diesen Söldner als den „bedeutendsten Gefangenen“ zu bezeichnen und an den Lügen festzuhalten, wie der, dass er keinen Kontakt zu seiner Familie haben dürfte (er hat Besuche erhalten, wie es die Gefängnisregeln vorsehen), oder dass er nicht medizinisch betreut oder im Krankenhaus behandelt werde, wenn er doch täglich unter medizinischer Beobachtung steht und eine angemessene Ernährung erhält.

Diese und andere Lügen wurden in dem jüngsten Video, das über die kubanischen Medien ausgestrahlt wurde, völlig demontiert.

Wie peinlich, Europäisches Parlament. Kuba wird gegenüber solcher Niedertracht, die dank des Hasses, der Einmischung und der Unterwürfigkeit unter die Vorausgaben der Vereinigten Staaten zu einer Resolution wurde, standhaft bleiben.

Die internationale Gemeinschaft war immer schon in der Lage über die Söldner und deren Verbündete zu urteilen.



40 Jahre „Cuba libre“

Einer der Veteranen fundierter Gegenöffentlichkeit mit dem Spezialgebiet Lateinamerika ist „Cuba Libre“. Kaum zu glauben, dass es dieses aufrechte Magazin jetzt schon 40 Jahre lang gibt – fast so lang übrigens wie ich als Liedermacher auf der Bühne stehe. Wir „Urgesteine“ müssen zusammenhalten und den Wert der Freiheit hochhalten – gerade jetzt, in Zeiten des „Supergrundrechts“ Sicherheit und zunehmender Freiheitsvergessenheit auch in der Bevölkerung.
(Konstantin Wecker)



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Dem Vermächtnis von Rosa und Karl treu bleiben!



Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 12. Januar 2020 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde sowie am 15. Januar 2020 um 18.00 Uhr vom Olof-Palme-Platz und zu den Gedenktafel/-stein im Tiergarten.

Mitte November 1917 – der Erste Weltkrieg dauerte schon länger als 3 Jahre an – schrieb Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis an Sonja Liebknecht: »je länger das dauert und je mehr das Niederträchtige und Ungeheuerliche, das jeden Tag passiert, alle Grenzen und Maße übersteigt, um so ruhiger und fester werde ich innerlich...«.

Diese ungewöhnliche Kraft, die ihr und ebenso Karl Liebknecht eigen war, machte es unmöglich, ihre Stimmen zum Schweigen zu bringen. Und so erschlugen gedungene Mörder sie am 15. Januar 1919. Rosa, Karl und viele ihrer Mitkämpfer starben für eine bessere Welt – frei von Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg.

Mehr als 100 Jahre sind seither vergangen. Erneut wächst die Kriegsgefahr, getrieben von wahnsinniger Aufrüstung und zerstörerischen Handelskriegen. Der Welt droht die atomare Vernichtung, droht eine unvorstellbare Umwelt- und Klimakatastrophe. Die Verantwortung hierfür trägt – wie vor einem Jahrhundert schon – die einzig vom Profitstreben getriebene kapitalistische Ordnung und in deren Rahmen in erster Linie die sich im Schlepptau des US-Imperialismus befindliche NATO. Die Verantwortung trägt auch die EU und in ihr die imperial wiedererstarrende BRD.

Wenn wir dem Vermächtnis von Rosa und Karl treu bleiben wollen, dann müssen wir fest sein wie sie. Fest und organisiert im Kampf gegen Repression, Ausbeutung, Krieg und Faschismus. Die faschistische Gefahr wächst unaufhörlich. Wir stehen gegen Umweltzerstörung und für entschiedene Maßnahmen gegen den Klimawandel, deren Auswirkungen die Ärmsten der Armen zuerst treffen. Wir bleiben fest in unserer Überzeugung, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist, fest in unserer internationalistischen Solidarität.

In diesem Sinne werden wir – Linke unterschiedlicher Strömungen – gemeinsam am 12. Januar 2020 friedlich unsere Standpunkte und Forderungen bekunden. Wir rufen zu einem breiten Bündnis und einer kraftvollen Demonstration auf.

LL-Bündnis, Berlin, August 2019.

Zitat des Monats:

Hartmut Barth-Engelbart (26.11.19):
„Jetzt bringen alle Medien die Meldungen über die chinesische Zensur. Die ist ja auch wirklich schlimm! Und in Wirklichkeit ist Guantanamo ein uigurisches Urlaubsresort, das die Chinesen dort auf Kuba eingerichtet haben“

Mitgliederversammlungen im Januar

Die Mitgliederversammlungen finden im **Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2**, statt.

MV Dienstag., 07. Januar, 20:00 Uhr

FFF, Brexit und Extinction Rebellion: Was Göttingen von London lernen könnte (s. Artikel GöBlätter 11./19)

MV Dienstag., 21. Januar, 20:00 Uhr

Parteitag 2020, Einführung in den **Leitantrag des PV**

Vornerum die Greta streicheln und hintenrum Gift & Gölle strömen lassen:

Unweit der A66er Autobahnabfahrt Gelnhausen-West in der Nähe von Frankfurt steht am Feldrand ein großes Transparent; "Julia, wir danken Dir! Deine Bauern!" Da waren nicht Romeo und seine Julia gemeint sondern die Lebensmittel-Konzern-Marionette Julia Klöckner.

Deine Banker & Lebensmittel-Konzerne, das hätte gestimmt: Die Verschuldung der Landwirtschaft ist gigantisch, der Preisdruck der Konzerne zwingt zum Verkauf weit unter den Gestehungskosten. Die meisten "Bauernhöfe" gehören schon lange nicht mehr denen, die sie betreiben, schon gar nicht denen, die dort arbeiten. Die meisten Traktoren, mit denen die Landwirte zu den Protestkundgebungen fahren, gehören wie der gesamte Maschinenpark nicht ihnen sondern den Banken. Die Digitalisierungs-Offensive wird die Landwirtschaft noch tiefer in die Schulden treiben. Das derzeitige Bauernlegen übertrifft jede feudale "Flurbereinigung", wie früher die Enteignungen genannt wurden. Die mehr oder weniger freiwilligen Kollektivierungen in der DDR sind im Vergleich zum anhaltenden Bankster-Bodenraub ein Kinderspiel, das wenigstens den Kollektivierten geregelten Urlaub, eine regelmäßigen Mindestlohn, Kindergarten und Polikliniken einbrachte und geregelte Arbeitszeiten. Das alles können die Bauern hier und heute in den Wind schreiben.

Termin vormerken!



**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT**

28. - 30. AUGUST 2020

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Verwaltung bügelt interfraktionellen Antrag ab

Bereits am 29. Mai 2019 hatte der Ortsrat Grone die Verwaltung der Stadt einstimmig aufgefordert, im Nachbarschaftszentrum in Grone eine neutrale Mieterberatungsstelle einzurichten, „da es in naher Zukunft zu erheblichen Modernisierungsmaßnahmen in Grone kommen wird“. Begründung: „Dies habe dann Mietsteigerungen zur Folge, die von den Mietern zu tragen sind. Da ein normaler Mieter nicht abschätzen kann, welche Maßnahme für ihn zur Kostensteigerung führt, wird es einen erheblichen Beratungsbedarf geben.“

Ruckzuck, sprich: Am 28. November (!) antwortete die Verwaltung:

„Mit der Einrichtung einer solchen Mieterberatung ... würde ... eine direkte Konkurrenz zu rechtsberatenden Berufen entstehen, was nicht zulässig ist.“

Ja, potztausend: So wichtig kann der Schutz von 1.100 Mietparteien in Grone ja nun auch wirklich nicht sein - gegenüber dem Schutz der Geschäfte der Rechtsanwälte. Oder wie?

Aber die Verwaltung antwortet ja nicht einmal korrekt auf die Forderung des Ortsrates: Der wollte doch eventuelle Geschäfte der Rechtsanwälte gar nicht verhindern,

sondern Groner MieterInnen unterstützen, sich sachgerecht beraten zu lassen. Solch eine Hilfestellung findet Frau Broistedt offensichtlich unerhört, sagt das aber

nicht so, sondern bügelt den Antrag mit einer Antwort auf eine Frage ab, die der Ortsrat gar nicht gestellt hatte.

**Schildbürger ...
... wohnen eigentlich in Schilda –
aber Schilda ist überall!
Die Schildbürger sind Leute,
die besonders dumm handeln!**

(Und die SPD wundert sich, dass sie bald auf 10 % der Wähler*innenstimmen abrutscht?) Und dann wird noch auf ein „Pilot“projekt in der Südstadt (!) hingewiesen, „in dem bereits bestehende Initiativen der Mieterberatung schrittweise vernetzt, unterstützt und qualifiziert werden“.

Wie denn jetzt: Mieterberatung in Grone gibt's nicht, weil die Rechtsanwälte zu wenig verdienen aber „Initiativen der Mieterberatung“ werden jetzt qualifiziert?

Das muss man mal richtig durchdenken: Die Mieterinitiativen sollen sich jetzt selbst beraten, heißt das doch. Und die armen Rechtsanwälte?

Aber wenn man sich dieses „Pilot“projekt, das im Rat der Stadt beschlossen wurde, mal richtig anschaut, dann kann man auch lesen, dass bei diesem Projekt eine Rechtsberatung ausgeschlossen ist.

Mit verschwurbelten Antworten auf Fragen, die nicht gestellt wurden, macht die Verwaltung, macht Frau Broistedt deutlich, dass sie eher die Geschäfte der Wohnungshaie unterstützt als die Anliegen der Mieter*innen. Die Menschen in Schilda sind einfach nur dumm, aber in Göttingen ist die Verwaltung perfide!

Winterkino 2019/2020: Programm Januar bis März

17. Januar, 19.00 Uhr

Die Malerin aus Worpswede*

Biopic, D 2016

Paula möchte eine große Malerin werden. Aber um das Jahr 1900 traut kaum jemand einer Frau ein selbstbestimmtes Leben zu. Selbst der Vater versucht, ihr diese Flausen auszureden

21. Februar, 19.00 Uhr

Du sollst es einmal besser haben*

Tragikomödie, Indien 2015

Der Arztsohn wird Arzt und die Tochter eines Hausmädchens wird ... Das ist doch klar und deshalb hat Apehka keinen Bock auf Schule

20. März, 19.00 Uhr

Schweizer Suffragetten*

Drama, Komödie, CH 2017

Der Kampf um Frauenwahlrecht und gegen die alten Sitten. Eine Geschichte aus der Schweizer Provinz.



Zum Bild:

Frida Kahlo de Rivera (* 6. Juli 1907 † 13. Juli 1954) war eine bedeutende mexikanische Malerin in der Stilrichtung des Surrealismus.

Sie war eine überzeugte Marxistin und brachte dieses in Werken wie etwa „El marxismo dará salud a los enfermos“ (1954) („Der Marxismus wird den Kranken Heilung bringen“) zum Ausdruck.



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Mittwoch, 22. Januar 2020, 19:00 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3, Göttingen

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung
2. Aktuelle halbe Stunde
3. Nachwahlen (Nachbesetzung freier Frauenplätze)
 - 3.1. Kreissprecher*innenrat
 - 3.2. Ersatzdelegierte zum Landesparteitag
4. Vorbereitung Landesparteitag
5. Strategiedebatte
6. Termine
7. Verschiedenes

Berlin-Fahrt mit Victor Perli MdB

am 13.-15. Mai 2020 zum Thema Wohnen
Weitere Informationen auf S. 12

Regionalversammlung zur Delegiertenwahl zum Bundesparteitag

am Samstag, 18. Januar 2020, ab 14:00 Uhr in Goslar, Okerstr. 32, neben der Feuerwehr.

Für die kommenden Bundesparteitage – der nächste wird vom 12. bis 14. Juni in Erfurt sein – müssen wieder neue Delegierte gewählt werden. Dies erfolgt im Rahmen einer Regionalversammlung der Kreisverbände Göttingen/Osterode, Northeim, Goslar und Holzminden. Es besteht die Möglichkeit von Mitfahrmöglichkeiten. Wer daran Interesse hat, kann sich per Mail an jostup@web.de anmelden.

Eine postalische Einladung durch den Landesverband erfolgt noch.

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 15. Januar 2020, 19:00 Uhr im Neuen Rathaus, Raum 1118

Thema: Umsetzung und kritische Bestandsaufnahme der Klimaschutzprogramme in Stadt und Landkreis – Wo muss mehr getan werden?

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Der nächste Termin steht noch nicht fest.

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz (vgl. Adressenspalte) erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 10. Januar, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Nächsten Termin bitte bei Marius Fedry (vgl. Adressenspalte).erfragen.

Arbeitskreise

AG Antifa Treffen

Mittwoch, 8. Januar, 18:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum

Mittwoch, 22. Januar, 18:00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,
E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386
edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

JHV des OV Göttingen –

► Bestätigung der Sprecher und Antritt in der GöLinken

Am 2. Dezember fand die diesjährige Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Göttingen statt. Thema war auch der Antritt zur Kommunalwahl 2021. Hierzu wurde einstimmig folgender Beschluss gefasst: **Der Ortsverband Göttingen der Partei DIE LINKE tritt zur Kommunalwahl 2021 im Stadtgebiet Göttingen innerhalb der Wählergemeinschaft Göttinger LINKE an.**

Zuvor hatte die Kreismitgliederversammlung betreffend des Stadtgebietes einen ähnlichen Beschluss gefasst. Die Versammlung der GöLinken hatte wenige Tage zuvor beschlossen zur Wahl im Stadtgebiet anzutreten. Damit wird die Praxis der letzten Kommunalwahlen fortgesetzt. Zur Kreistagswahl wird wieder DIE LINKE als Partei antreten. Die Programmdiskussion wird wieder gemeinsam stattfinden.

Zu Sprechern des Ortsverbandes wurden nach 1,5 Jahren Joachim Bons und Peter Strathmann einstimmig wieder gewählt. Die bisherige Sprecherin Doreen Bethe hatte nicht wieder kandidiert. Jo gehört dem Sprecherkreis seit etwa einem Jahr an. Er war für Dietmar Reitemeyer nachgewählt worden, der nach seiner Wahl als Kreisschatzmeister von seinem Amt zurückgetreten war. Zu einem späteren Zeitpunkt müssen dann zwei Genossinnen nachgewählt werden.

Der promovierte niederdeutsche Philologe Peter Strathmann gehört der Kommunistischen Plattform unserer Partei und der Leser*innen-Initiative der Jungen Welt an. Der promovierte Sozialwissenschaftler Jo Bons engagiert sich als aktiver Gewerkschafter vor allem für Beschäftigteninteressen und Hartz-IV-Betroffene, die er zuletzt in seinem aktiven Berufsleben hauptamtlich beraten hatte.

Im Rechenschaftsbericht hatte Peter folgende Schwerpunkte benannt:

- der Wiedereinzug des Roten Zentrums und die Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen im Trägerverein
- die Gestaltung und die Diskussion unterschiedlicher Themen bei den Mitgliederversammlungen und die Organisation verschiedener Veranstaltungen mit der Leser*innen-Initiative der Jungen Welt.

Hinzu kommen mehrere öffentliche Stellungnahmen, vor allem zur Solidarisierung mit Beschäftigten.

Als Kernproblem des Ortsverbandes und der Partei vor Ort insgesamt wurde definiert: *Als grundsätzliches Problem stellte sich die geringe Aktivierbarkeit der Partei-Mitglieder heraus, die sich auch bei anderen Gelegenheiten abbildet – Teilnahme an Mitgliederversammlungen, Veranstaltungen und Aktionen –, (...) Den im Erfurter Programm richtig benannten strategischen Kernaufgaben kann die Partei nur gerecht werden, wenn sie eine Partei mit interner wie externer Massenbeteiligung ist, nicht als Gremien- und Wahl-Verein.*

Lösungen dieses Problems werden gemeinsam mit anderen Gremien diskutiert werden müssen. ef

Aus dem Kreistag:

Gruppe fordert Aussetzung der Sanktionen bei Hartz IV

Am 5. November 2019 hatte das Bundesverfassungsgericht Sanktionen von Hartz-IV-Empfänger*innen, die über 30% des Regelsatzes hinausgehen, für verfassungswidrig erklärt. Dies ist immerhin ein Teilerfolg für die betroffenen Menschen. Von Seiten unserer Kreistagsgruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI+ wurde daraufhin beantragt, dass der Landkreis Göttingen die Sanktionspraxis bis zu einer gesetzlichen Neuregelung aussetzt. Als Optionskommune ist er zur Umsetzung von Hartz IV auch für die Stadt zuständig. In dem Antrag wird weiter vorgeschlagen, die noch bestehenden Sanktionen sofort zu beenden und Klagen und Einsprüche gegen Sanktionen anzuerkennen. Für Betroffene, die in den letzten Jahren Opfer von Sanktionen über 30% geworden sind, soll die Verwaltung eine Entschädigungsregelung erarbeiten.

In ersten Reaktionen der Kreisverwaltung wurde deutlich, dass diese zwar das Urteil umsetzen wird, aber dass es weder weniger Sanktionen geben wird noch sich in der Sanktionsverhängung bei den kleineren Sanktionen irgend etwas ändern wird. Auch im Sozialausschuss am 21.11. war die Reaktion der Verwaltung und der übrigen Parteien negativ. Von Seiten des Dezenten wird dies als laufendes Geschäft der Verwaltung angesehen, das heißt der Kreistag und seine Mitglieder sollen sich hier gefälligst nicht einmischen.

Hartz IV ist Bundesgesetz. Nicht nur die Sanktionspraxis, sondern Hartz IV insgesamt müssen dort abgeschafft werden.

Resolutionsantrag für Gemeinnützigkeit der VVN

Ein Resolutionsantrag unserer Kreistagsgruppe richtet sich gegen den Entzug der Gemeinnützigkeit der VVN und anderer Vereine. Am 4. November 2019 hat das

Berliner Finanzamt der Bundesvereinigung der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit entzogen. Damit ist die Gemeinnützigkeit für die letzten drei Jahre aberkannt, so dass diese vorerst Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe nachkommen muss, so dass ihre gesellschaftliche Arbeit gefährdet ist.

Auch andere gesellschaftskritische Organisationen sind in 2019 von dem Entzug der Gemeinnützigkeit betroffen gewesen, beispielsweise attac im Februar. Auch die Deutsche Umwelthilfe ist von der Aberkennung der Gemeinnützigkeit bedroht.

Andererseits sind Lobbyausgaben großer Wirtschaftsunternehmen weiterhin steuerlich absetzbar, auch rechtsextreme Organisationen wie uniter e.V., von denen einzelne Mitglieder unter Terrorverdacht stehen, sind weiterhin gemeinnützig.

Ohne eine Gemeinnützigkeit ist ein Verein von einer Vielzahl von Förderungen ausgeschlossen. Die Nutzung von Räumlichkeiten ist manchmal auch an die Gemeinnützigkeit des Antragstellers gebunden.

Über den Antrag wird erst nach Redaktionsschluss entschieden.



Presseerklärungen DIE LINKE LV Niedersachsen:

10.12.2019

► Landesregierung verschleppt notwendige Investitionen in Bus und Bahn

Laut Mitteilung des Verkehrsministeriums in Hannover stehen dem Land Niedersachsen 2019 mehr als 800 Millionen Euro für Investitionen in den regionalen Nahverkehr zur Verfügung, von denen bereits ein Großteil ausgegeben ist. "Mit dieser Meldung will das Ministerium offenbar die Botschaft aussenden, im Öffentlichen Personennahverkehr sei alles im Lot und Niedersachsen investiere genug in Bus und Bahn. Dass jedoch nach Angaben des Ministeriums von 2014 bis 2018 261 Millionen Euro der vom Bund für das Land Niedersachsen bereitgestellten Mittel liegen gelassen wurden, ist erschreckend. So verpasst das Land die Chance, den öffentlichen Nahverkehr bedarfsgerecht

auszubauen und die Preise zu senken", kritisiert Victor Perli, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, Mitglied des Haushaltsausschusses und dort Berichterstatter für die Bahn.

Auch die Antwort der Bundesregierung auf eine Schriftliche Frage des Abgeordneten und ein Bericht des Bundesrechnungshofes stützen die Kritik und belegen den rapiden Anstieg der nicht verausgabten Regionalisierungsmittel, die jährlich vom Bund für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs bereitgestellt werden. Demnach betragen die aufgelaufenen, nicht verbrauchten Bundesmittel mittlerweile mehr als 60 % der jährlichen Zuweisungen an das Land Niedersachsen.

Perli weiter: "Der Bundesrechnungshof kritisiert zurecht, dass Milliardenbeträge von den Ländern nicht für den Ausbau eines leistungsfähigen Öffentlichen Nahverkehrs verausgabt werden."

Lars Leopold, Landesvorsitzender der LINKEN in Niedersachsen, betont: "Wenn dreistellige Millionenbeträge, die der Bund dem Land zur Verfügung stellt, nicht ausgegeben werden, belegt die Landesregierung, dass sie unfähig und nicht willens ist, den Öffentlichen Personennahverkehr in Niedersachsen bedarfsgerecht auszubauen. Diese Größenordnung ist unfassbar angesichts der Probleme, die viele Pendlerinnen und Pendler täglich im Öffentlichen Personennahverkehr in Niedersachsen haben. Schon jetzt sind viele Regionen in Niedersachsen vom Nahverkehr nahezu abgeschnitten, 74 Bahnstrecken wurden in den letzten Jahren stillgelegt. Hier muss die Landesregierung endlich investieren, wenn der Nahverkehr zu einer echten und auch attraktiven Alternative zum Auto entwickelt werden soll. Das Geld dafür ist da, muss aber auch abgerufen werden. Denn ohne nennenswerte Investitionen in Bus und Bahn helfen günstige Tickets, wie kürzlich von Ministerpräsident Weil (SPD) gefordert, herzlich wenig."

26.11.2019 **Pflegekammer:**

► Nach der Beitragsfreiheit muss das Ende der Zwangsmitgliedschaft folgen

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2020 stimmten die Fraktionen der Landesregierung SPD und CDU dafür, dass die Pflegekammer in Niedersachsen künftig beitragsfrei gestellt wird. Die Mitglieder der Kammer sollen zudem ihre bereits bezahlten Beiträge zurückerhalten. Hierzu erklärt Lars Leopold, Landesvorsitzender der niedersächsischen LINKEN: „Die Abschaffung der Zwangsbeiträge ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der kommt jedoch nicht aus reiner Gefälligkeit, sondern ist durch den massiven und standhaften Protest der Pflegekräfte hart erkämpft worden – ein großartiger Erfolg der kreativen Protestbewegung.“ Leopold weiter: „Die Regierungsfaktionen der SPD und CDU tun ja gerade so, als richte sich der landesweite Protest der Pflegekräfte ausschließlich gegen die Zwangsbeiträge. Und genau hier sollen die im Haushalt 2020 für die Beitragsfreiheit vorgesehenen 6 Millionen Euro als Beruhigungsspielle wirken, um den Widerstand

der Pflegekräfte zu brechen. Aber ob die Kammer auch über das Haushaltsjahr 2020 beitragsfrei bleiben wird, steht in den Sternen. Darüber hinaus sind die Zwangsbeiträge lediglich die Spitze des Eisbergs. Die Pflegenden protestieren auch gegen die Zwangsmitgliedschaft in einem bürokratischen Verwaltungsapparat sowie gegen die bisherige Politik, die für die miserablen Bedingungen in der Pflege verantwortlich ist. Da sollte die Landesregierung endlich einmal ansetzen und sich endlich aufmachen, die offenkundigen Missstände in der Pflege zu lösen. Denn an den wirklichen Problemen der Pflegenden, nämlich Personalmangel; miese Bezahlung und teils unmenschliche Arbeitsbedingungen ändert der bürokratische Verwaltungsapparat Pflegekammer nichts.“

Pia Zimmermann, pflegepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der LINKEN, betont: „Die Bundes- und Landesre-

gierungen der vergangenen Jahre haben mit einer verfehlten Gesundheits- und Pflegepolitik die Grundsteine für die aktuellen Missstände in der Pflege wie etwa den eklatanten Personalmangel gelegt. Mit der Einrichtung einer Pflegekammer wurde diese Verantwortung für die Probleme in der Pflege nur denjenigen zugeschoben, die unter diesen Missständen leiden: nämlich auf die Berufsangehörigen. Eine wirkliche Aufwertung der Pflegeberufe ist durch eine deutlich höhere Entlohnung, die durch flächendeckende, allgemeinverbindliche Tarifverträge sichergestellt wird sowie durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Aber genau an diesen Stellschrauben kann die Kammer gar nicht drehen. Sie ist weder Tarifvertragspartei noch bei Pflegesatz- oder Gebührenverhandlungen mit den Kostenträgern beteiligt. Deshalb ist es höchste Zeit, dass nach den Zwangsbeiträgen auch die Zwangsmitgliedschaft gekippt und die Berufekammer abgewickelt wird. Die Pflegekräfte sollten endlich in einer Vollbefragung nach ihrer Meinung gefragt werden. So könnte ziemlich schnell festgestellt werden, für welche Art der Organisation die Pflegenden sich entscheiden. Schließlich geht es um sie und nicht um die Kammerfunktionäre und deren Pöstchen!“

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



▶ »So ist das Leben und so muß man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem.«

»Majestätsbeleidigung« und »Anreizung zum Klassenhaß« waren die juristischen Gründe dafür, dass Rosa Luxemburg 1904 und 1906 zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein, dass die spätere Gründerin der KPD inhaftiert wurde. Auch während des I. Weltkrieges wurde sie wegen »Hoch- und Landesverrat« eingesperrt, ab 1916 sogar in »Sicherheitsverwahrung« verschleppt. Die überzeugte Internationalistin, Pazifistin und Antimilitaristin hatte in Frankfurt/M zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen. Sie gehörte zur Fraktion innerhalb der Sozialdemokratie, die – zusammen mit Karl Liebknecht – gegen die Zustimmung der Kriegskredite (zur Weiterführung des I. Weltkrieges) durch die SPD war. Da der Nationalismus vor dem I. Weltkrieg auch die SPD erfasste und ihr zentrales Prinzip des »proletarischen Internationalismus« ausgehebelt hatte, gehörte Rosa Luxemburg zur Gruppe Internationale und später zum Spartakusbund, aus dem die KPD entstand. Ihr Vorbild war die Revolution von 1917 in Russland, wenn sie auch im kri-

tisch-solidarischen Streit mit Lenin stand. Ab 1907 war die studierte Philosophin, Ökonomin und Mathematikerin und ausgebildete Marxistin Dozentin an der SPD-Parteischule, wo sie Marxismus und Ökonomie unterrichtete und sich als Linke in der Sozialdemokratie gegen Reformismus positionierte.

Hierbei ging es unter anderem um einen Generalstreik als politisches Mittel, was ein Großteil der SPD ablehnte. Nach über drei Jahren Haft konnte Rosa Luxemburg am 9. November 1918 nach Berlin zurückkehren. Die Novemberrevolution beendete nicht nur die Monarchie und den Krieg, sondern zahlreiche politische Gefangene konnten die Gefängnisse verlassen. In Berlin arbeitete sie bei der »Roten Fahne«, der neugegründeten Zeitung der späteren KPD. Sie sprach sich für die Enteignung der Großindustrie, für die Macht der Räte und für die Entwaffnung der Reichswehr sowie die Umerziehung der Heimkehrenden Kriegsteilnehmenden aus.

Die SPD unter Führung von Friedrich Ebert und Gustav Noske hatte bereits im Hintergrund ein Bündnis mit alten Machteliten aus Militär und Industrie geschlossen, zog in dieser Zeit Militär und

Freikorps in Berlin zusammen, um den revolutionären Impuls der Arbeiter- und Soldatenräte im Keim zu ersticken. War die Revolution vom 9. November 1918 weitgehend friedlich verlaufen, begann jetzt unter politischer Verantwortung der SPD die blutige Niederschlagung der revolutionären Bewegung und ihrer Köpfe. Einer ihrer Köpfe



Rotes Zentrum Veranstaltung im Januar

Grünkohl mit Karl und Rosa

Das traditionelle Grünkohl-Essen der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke (GöLi). Zum zweiten Mal findet die gesellige Kulturveranstaltung in den Räumen des Roten Zentrums statt. Zum zweiten Mal auch unter dem Vorzeichen des Gedenkens an die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Vor 101 Jahren wurden die Kommunistin und der Kommunist am 15. Januar 1919 in Berlin von rechten Freikorps ermordet. Den Grünkohl serviert unser Küchenkollektiv in einer Fleischversion und in einer vegetarischen Variante. Für die Unkosten wird vor Ort um einen Beitrag gebeten. Voranmeldungen bitte bis zum 19.1.2020 an:

rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

**Sonntag, 26. Januar 2020,
18 Uhr im Rote-Hilfe-Saal,
Lange-Geismar-Straße 3, Göttingen**

war Rosa Luxemburg. Auf öffentlichen Plakaten wurde zum Erschlagen von Liebknecht und Luxemburg aufgerufen. Nach dem Januaraufstand 1919 in Berlin, wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verhaftet, gefoltert und unter Gewehrkolbenschlägen durch rechtsextreme Freikorps ermordet. Rosa Luxemburgs Leiche wurde in den Landwehrkanal geworfen.

Mit dem Tod der Beiden starb für viele symbolisch auch die Hoffnung auf ein sozialistisches Rätssystem in Deutschland. Die Gründerin und der Gründer der KPD wurden neben vielen weiteren Opfern der Reaktion auf der zentralen Gedenkstätte der Sozialisten, einem Friedhof in Berlin-Lichtenberg, beigesetzt. Jedes Jahr gehen zehntausende Genossinnen und Genossen am zweiten Januarwochenende den Weg zu Ehren der ermordeten Kommunistinnen und Kommunisten.



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke tritt 2021 wieder an!

Die Mitgliederversammlung der Göttinger Linke am 26. November hat einstimmig den Antrag des SprecherInnenkreises beschlossen. Danach wird die Göttinger Linke bei den Kommunalwahlen 2021 wieder mit Listen zu den Wahlen des Rates der Stadt Göttingen sowie der Ortsräte im Stadtgebiet antreten. Im Oktober 2020 wieder zu den "traditionellen" kommunalpolitischen Ratschlägen eingeladen, um kommunalpolitische Ziele für die Wahlperiode 2021

- 2026 zu erarbeiten. Hier soll ein Wahlprogramm - gemeinsam mit dem Kreisverband Göttingen/Osterode der Partei DIE LINKE im Landkreis entsprechend deren Beschluss v. 28.8.2019 - erarbeitet sowie die Diskussion über die Kandidatenliste der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und – im Rahmen des Wahlgesetzes – eine Beschlussfassung vorgenommen werden.

(gusi)

“Fridays for Future” beim KomPoAK – Aufbruch für eine lebenswerte Zukunft

Der KompoAK hatte im Dezember eingeladen und zwei VertreterInnen der Bewegung „FFF“ kamen, um uns ihre Anliegen vorzustellen.

Unsere Generation hat viel vom Klimawandel mitbekommen – Jetzt sind wir aufgebrochen.“ So beschrieb es einer der beiden AktivistInnen von Fridays for Future Göttingen beim Kommunalpolitischen Arbeitskreis am 4. Dezember, der uns zusammen mit einer Mitstreiterin über seine Bewegung informierte.

Diese besteht seit rund einem Jahr und wird vor allem von Schülern der Oberstufen von Gymnasien und Gesamtschulen unterstützt, Berufsschüler sind deutlich weniger vertreten.

Am 15. März hatten sich bereits rund 1.500 Menschen an den Aktionen zum Weltklimastreik in Göttingen beteiligt, am 24. Mai waren es bereits 2.500. Der Höhepunkt wurde am 20. September mit rund 10.000 Menschen erreicht, am 29. November waren es fast genauso viele. Dies sind Zahlen, wie sie sonst in Göttingen nicht erreicht werden. Auch wenn an diesen Demonstrationen auch Erwachsene teilnehmen und diese am 20.9. und 29.11. von einem breiten Bündnis sehr unterschiedlicher Organisationen unterstützt wurden, bestand doch der weitaus größte Teil aus Schülerinnen und Schülern.

Im September wurde im Anschluss an die Demonstration eine Streikwoche am Theaterplatz durchgeführt. Ein umfassendes Programm beinhaltete Informationen zum Klimawandel und dessen Folgen sowie die Diskussion von Forderungen auch

zur Kapitalismuskritik oder Informationen zu Rojava oder des Lampedusa-Bündnisses.

Überhaupt gibt es Beteiligungen von Fridays for Future Göttingen an anderen Aktionen. So finden sich auf der Facebook-Seite auch Hinweise zu Protestaktionen gegen das Logistikzentrum in Hebenshausen oder auch gegen Rechtsextremisten.

Vor allem zu Beginn der Bewegung stieß diese auf eine positive Resonanz. Die Schulleitungen zeigen sich - von einer Ausnahme abgesehen - aufgeschlossen. Viele Lehrer integrieren Klimapolitik in ihren Unterricht, wobei es auch vereinzelt „klimaskeptische“ Lehrer gibt. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass bereits Jahrzehnte zuvor etliche Lehrer über den Klimawandel und seine Folgen unterrichtet haben, dies aber jetzt aufgrund der Bewegung auf viel größere Resonanz bei den Schülern stößt.

Bundesweit sind die einzelnen Gruppen vernetzt und sprechen sich ab, handeln aber als lokale Gruppen weitgehend autonom.

Neben der Schülerinitiative gibt es auch eine Elterninitiative (Parents für Future), eine Studierendeninitiative (Students for Future) sowie eine Wissenschaftlerinitiative. Diese Scientists for Future liefern Argumente, Fakten und Hintergründe für die Schülerbewegung.

Mit lokaler Politik haben sich die Schüler bisher nicht beschäftigt, aber man möchte im kommenden Jahr die inhaltliche Diskussion verstärken und Forderungen für

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr

Mi. 14:00 – 17:00 Uhr

Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 15. Januar, 19.00 Uhr,
Neues Rathaus, Raum 1118**

Thema: Umsetzung und kritische Bestandsaufnahme der Klimaschutzprogramme in Stadt und Landkreis - Wo muss mehr getan werden?

Göttingen (und Umgebung?) aufstellen. Anders als bei der Umweltbewegung der achtziger Jahre erfährt Fridays for Future Rückenwind durch die Medien, auch gibt es in der öffentlichen Berichterstattung genügend Argumente, um aktiv für Klimaschutz auf die Straße zu gehen.

Es ist dennoch beeindruckend, was diese jungen Aktivisten bisher geschafft und wie viel Menschen sie auf die Straße gebracht haben. Wir werden in Kontakt bleiben.

Sowohl der Landkreis als auch die Stadt Göttingen verfügen jeweils über Klimaschutzkonzepte, deren Umsetzung allerdings an mehreren Punkten hapert. So kommt vor allem der Ausbau der Windenergie aufgrund von Widerständen in der Bevölkerung nicht voran. Auch anlässlich der neuen Programmdebatte zur nächsten Kommunalwahl müssen wir die Aktivitäten zum Klimaschutz von Stadt und Landkreis neu bewerten.

(ef)

Der Brand im Amtshaus wird zur Belastungsprobe innerhalb der Fraktion

Auf das Amtshaus wurde in der Nacht zum 25.11. einen Brandanschlag verübt. Ein paar Stunden später tauchte ein „Bekennerschreiben“ im Internet auf, nachzulesen auf: <https://de.indymedia.org/node/48364>



Das Feuer im Amtshaus wurde offenbar von Brand-schutztüren aufgehalten, der Rauch verbreitete sich aber wohl durch große Teile des Hauses. Trotzdem wurde ein Teil der IT-Infrastruktur stärker beschädigt, so die Mitteilung aus der Verwaltung. Die Presseinformation der Stadt dazu kann hier nachgelesen werden: <https://www.goettingen.de/aktuelles/brand-im-amtshaus-2019-11-25.html>

Innerhalb der Fraktion wurde heftig um eine gemeinsame Position zu dem Brandanschlag gerungen. Die Bandbreite reichte dabei vom Verständnis für die Aktion bis hin zur totalen Ablehnung. Einigkeit bestand in der Ablehnung des Bekennerschreibens mit seinen allgemeinen Bedrohungen gegen die Bediensteten der Ausländerbehör-

de. Die Fraktion lehnt diese schwarz/weiß-Malerei ab, in der alle Bediensteten „der Ausländerbehörde“ in einen Topf geworfen werden. Genauso aber ist es unzulässig „der Ausländerbehörde“ eine tadellose Arbeit zu bescheinigen. Wenn dem so wäre, hätten wir nicht so viele anderslautende Gerichtsurteile, auch bei Bescheiden die in der hiesigen Ausländerbehörde ausgestellt wurden. Es geht eben nicht alles mit rechten Dingen zu. Aber eine differenzierte Sichtweise hat im Moment überhaupt keinen Platz. Wir tragen darum eine gemeinsame Resolution der im Rat vertretenen Fraktionen nicht mit.

Unsere Rede im Rat

Die GÖLINKE/ALG-Ratsgruppe verurteilt jegliche Art von Brandanschlägen. Auch persönliche Angriffe und Einschüchterungen von Mitarbeiter*Innen der Stadt lehnen wir ab und verurteilen sie. Trotzdem können wir diese Resolution so nicht mittragen. Denn: wo war der Aufschrei, als vor einigen Wochen ein Brandanschlag auf ein linkes Wohnprojekt begangen wurde? Wo blieben die Solidaritätsbekundungen und Unterstützungsangebote? Da kam hier von den Ratsfraktionen und auch von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, leider keinerlei Reaktion. Das vermittelt aber das fatale Bild: wir hier im Rat kümmern uns um unsere Leute und was da draußen passiert, das sind private oder persönliche Dinge, das geht uns nichts an. So geht das nicht. Die pauschale Bedrohung gegen Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde ist auch für uns nicht hinnehmbar oder zu tolerieren. Soweit gehen wir mit Ihnen mit. Aber pauschal die Arbeit in der Ausländerbehörde zu loben, als wäre sie ein Hort wo allein „geltendes und demokratisch legitimiertes Recht“ umgesetzt wird, das sehen wir doch etwas anders. Doch dieses Thema sollten wir mal in Ruhe besprechen und wollen das nicht in diesen aufgeputschten Zeiten uns gegenseitig an den Kopf werfen. Wir werden dieser Resolution nicht zustimmen.

Leserbrief im GT vom 9.12.2019

Brandanschläge sind kein Mittel

Wir verurteilen sowohl den Brandanschlag auf das studentische Wohnprojekt in der Goßler Straße am 28. Oktober als auch die aktuelle Brandlegung im Kreishaus am Hiroshima-Platz. Auch wenn man die Arbeit und Entscheidungen der Ausländerbehörde aus unserer Sicht in Teilen kritisch sehen kann, rechtfertigt es in keinem Falle einen Brandanschlag auf das Gebäude, in dem sich diese Behörde befindet. Wir billigen und haben Verständnis für Demonstrationen und andere gewaltfreie Aktionen, um auf Missstände und staatliches Fehlverhalten hinzuweisen. Wir halten es aber für nicht hinnehmbar, anstelle der argumentativen Kritik mit Mitteln der Gewalt, wie hier geschehen, zu agieren. Damit werden möglicherweise berechnete Anliegen desavouiert und leider auch diskreditiert. Der Zweck heiligt eben nicht alle Mittel. Man manövriert sich in eine sehr fragwürdige Position, wenn man die gleichen Methoden anwendet, die man mit Recht dem politischen Gegner vorwirft. Unser Verständnis von links sein deckt sich damit auf keinen Fall.

Manfred Engelbert und Gerd Nier,
Göttingen

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931
(9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Di: 14:00 - 17:00 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

► Ein Loch ist im Eimer ..., dann stopf es oh Hans-Georg ..., aber wie denn?

Robin Marlow und Michael Mießner stellen bei ihrer Veranstaltung „Mietpreisentwicklung und neoliberale Wohnungspolitik in Göttingen“ am 06.12. in der OM 10 anschaulich dar, wie, der bezahlbare Wohnraum in Göttingen anscheinend unaufhaltsam durch „ein Loch“ verrinnt bzw. „abschmilzt“, wie es bei ihnen heißt

Christa Siebecke vom „Verein für interkulturelle Nachbarschaft in Grone“ und GROBIAN begrüßte, auch im Namen des Bündnisses „Gutes Wohnen für alle“, die zahlreichen Anwesenden. Dr. Michael Mießner, der leider seit einigen Monaten nicht mehr in Göttingen sondern jetzt in Dresden tätig ist, beschäftigt sich dennoch mit der Göttinger Mietpreisentwicklung. Für seine Expertise und damit verbundene Solidarität noch mal ganz herzlichen Dank!

Auch in diesem Jahr haben Michael und sein Team die Entwicklung auf dem Göttinger Wohnungsmarkt untersucht. Dafür wurden die Angebotsmietpreise nach dem gleichen Vorgehen wie in den vergangenen Jahren in den Immobilienportalen ImmobilienScout24 und immonet erhoben.

Robin Marlow zeigte zunächst auf, wie sich die Angebotsmieten in den einzelnen Stadtteilen entwickelt haben: Dabei bleibt die Nordstadt mit den vielen Student*innen mit durchschnittlich 13 € pro qm der teuerste Stadtteil bezüglich der Neuvermietung.

Insgesamt haben sich die Mietpreise in Göttingen unterschiedlich entwickelt. In Grone und der Weststadt sind die Mieten besonders rasant gestiegen, weil dort die Mieten am moderatesten waren und bezahlbares Wohnen am ehesten möglich war. Seit 2013 aber beträgt der Anstieg 35,4%! Und gerade in Grone ist kein Ende in Sicht: Den Mieter*innen der Adler AG stehen drastische Mieterhöhungen von

mind. 2 Euro/qm, nach den vorgesehenen Modernisierungen noch bevor.

Zwar haben die Erhebungen auch ergeben, dass die Angebotsmieten mancherorts nicht mehr so drastisch gestiegen sind wie in den Vorjahren, weil einzelne Anbieter bereits in den Vorjahren enorme Quadratmeterpreise verlangt haben. Diese Vorreiter wirken aber leider als Trendsetter auch für private Kleinvermieter*innen.

So hat sich die Dynamik der steigenden Angebotsmieten zwar in den meisten, aber nicht in allen Bereichen verlangsamt. Dies ist aber nur auf den ersten Blick erfreulich. Denn es ist, so Marlow und Mießner, nur die Folge davon, dass sozialverträgliche Wohnungen längst schon vom hochpreisigen Segment verdrängt wurden. So betrug 2013 der Anteil an Wohnungen für unter 6,- €/qm bei den Angeboten noch mehr als 10 %. In 2019 ist dieser Anteil kaum noch zu beziffern, auf unter 1 % abgeschmolzen, durch „das Loch im Eimer“ ausgelaufen ins Nimmerwiedersehen.

Aber wie nun das Loch stopfen? Die Diskussion kam nach den kurzweiligen Vorträgen der Experten schnell auf den Punkt: Es gibt in Göttingen durchaus viele Initiativen und Aktivitäten. Die Mieter*innen der Adler AG in Grone haben - mit Unterstützung der Aktiven vor Ort, aber auch der Fraktion der Göttinger Linken/ALG und der Solidarität des stadtweiten Bündnisses „Gutes Wohnen für alle“ - einiges auf die

Beine gestellt. Allerdings erging es ihnen wie in dem Lied vom „Loch im Eimer“. Alle Vorschläge, z.B. Baupläne nicht zu genehmigen, Milieuschutzsatzungen zu erlassen, Sozialpläne wasserdicht zu machen etc. wurden von den herrschenden Mehrheiten in Ortsrat Grone und im Rat der Stadt als nicht machbar angesehen. Dabei wirkten SPD und Grüne wie die dumme Liese, der immer einfällt, warum etwas nicht geht.

Immerhin war die grüne Ratsfrau Dagmar Sarkowski bei der Veranstaltung in der OM 10 anzutreffen. Zu der harschen Kritik aus dem Publikum an der Kommunalpolitik, dass z.B. nichts gegen die brutale Verdrängung der Mieter*innen aus der Oberen Masch 13 unternommen wurde, hüllte sich Frau Sarkowski allerdings in Schweigen. Dabei hat der Stadtverband der Grünen durchaus eine kritischere und engagiertere Einstellung.

Michael Mießner hat in seinem Teil des Vortrages noch mal dringlich appelliert: „Eine soziale städtische Wohnungs- und Baupolitik ist notwendig. Die Stadt muss sich dieser Herausforderung stellen und der Schmelze des Niedrigpreissegmentes mit einer konsequenten Politik der Sicherstellung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums begegnen.“ Welche Maßnahmen noch greifen könnten, erforscht Mießner und sein Team derzeit. Die Ergebnisse werden 2020 vorgestellt. (bs)

► HUAWEI - die größte Kooperative der Welt

Dass Huawei eine Genossenschaft ist, ist hierzulande kaum bekannt. Das wäre ja geeignet, bei Linken Solidarität oder gar Sympathien zu erwecken. ...

Die web-site „Faire vivre le pcf“ hat sich am 1. September die Mühe gemacht und das Organigramm des Unternehmens aus dem chinesischen übersetzt, der Verständlichkeit halber in Deutsche übersetzt in der Terminologie des Aktienrechts. Huawei ist eine Aktiengesellschaft - allerdings eine, mit der niemand spekulieren kann, denn die Mitarbeiter-Aktien werden nicht an der Börse gehandelt. Huawei gehört zu 100 Prozent seinen Mitarbeitern. Über die Huawei Investment & Holding Co. Ltd. wird das Mitarbeiter-Beteiligungsprogramm realisiert: 96.768 Beschäftigte von insgesamt

170.000 sind die Aktionäre, keine außerbetriebliche Organisation oder staatliche Institution besitzt Aktien von Huawei. ...

Die von der westlichen Presse behauptete Abhängigkeit vom Staat stützt sich darauf, dass einer der Gründer von Huawei Offizier war. Die im Rahmen der Terrorismus-Bekämpfung gesetzlich bestimmte Kooperation wird als Spionage verunglimpft, ... Oft genug wiederholt, wirkt auch die dümmlichste Aussage wahr - wie schon Goebbels wusste. Fehlt noch der Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung ...

Die komplette Meldung ist zu lesen unter: <https://weltsolidaritaet.blogspot.com/2019/09/huawei-die-groete-kooperative-der-welt.html>

Berlin Fahrt mit Victor Perli, MdB

Auf Initiative des Bundesabgeordneten Victor Perli sind die Mitglieder DIE LINKE. Göttingen / Osterode und weitere Interessierte eingeladen, zu einer Bundestagsfahrt nach Berlin zum Thema Wohnen.

Termin: 13.-15. Mai 2020,

das genaue Programm geben wir noch bekannt. Frühentschlossene können sich unter Angaben ihres Namens, ihrer Postadresse und der Personalausweisnummer bei der Mailadresse jostup@web.de bereits jetzt anmelden.